KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Mai 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

M 728 Motion Schmutz Judith und Mit. über die Chronologie des Bauprogrammes 2022–2025 und des Projekts Zukunft Mobilität Kanton Luzern und des Planungsberichtes Klima und Energie / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Judith Schmutz hält an ihrer Motion fest.

Judith Schmutz: Mir ist es bewusst, dass ich mir mit diesem Vorstoss keine Freundinnen und Freunde in diesem Rat gemacht habe und er zum Teil zu Unverständnis geführt hat. Ich würde jetzt aber gerne erläutern, wieso ich den Vorstoss eingereicht habe, wieso ich ihn nicht zurückgezogen habe und wieso ich auch weiterhin daran festhalten werde. Mir ist es wichtig, dass wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte unsere Verantwortung wahrnehmen und zum Teil auch gewisse traditionelle Abläufe ab und zu hinterfragen, das auch dann, wenn ein Vorstoss Konsequenzen mit sich bringen kann und wegweisende, strategische Instrumente betroffen sind und es allenfalls zu Verzögerungen kommen kann, das vor allem auch dann, wenn es um gefestigte Strukturen geht, die schon seit Jahren existieren und dies auch weiterhin tun sollen. Eine Aussage in der Stellungnahme der Regierung zu meinem Vorstoss hat mich stark in meinem Vorstoss bestätigt: «Das zeigt, dass sämtliche für die Erarbeitung des Bauprogrammes massgebenden behördenverbindlichen strategischen Grundlagen neu erarbeitet oder revidiert werden und somit zum heutigen Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung stehen.» Dies zeigt doch klar auf, dass die Grundlagen, die wir während der Vernehmlassung des Bauprogrammes geschaffen haben, nicht abschliessend zur Verfügung standen, damit wir das Strassenbauprogramm ernsthaft hätten beraten können. Somit stelle ich mir schon die Frage, ob wir überhaupt eine genügende strategische Grundlage haben, um das Strassenbauprogramm Ende Jahr verabschieden zu können. Die Möglichkeit der zusätzlichen Sammelrubriken in der Vernehmlassung war nett, und die Grünen und Jungen Grünen haben sie gerne gebraucht, sie scheint mir aber schlussendlich doch zu wenig zu sein. Mit dieser Fragestellung will man sich aber offenbar nicht beschäftigen. Kann es sein, dass wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte Planungsinstrumente beraten und verabschieden, ohne die dafür notwendigen abgeschlossenen Instrumente beziehungsweise deren Inhalt genau zu kennen? Kann es sein, dass wir heute Entscheidungen treffen, von denen wir wissen, dass sie in Kürze höchst veraltet sein werden? Das ist meiner Meinung nach insofern von Bedeutung, wenn national und kantonal vorgeschlagene Bauprogramme einfach nicht kritisiert oder hinterfragt und abgenickt werden, obwohl diese mit den zukünftigen Planungsinstrumenten, die noch in Bearbeitung sind, absolut nicht vereinbar sein werden. Wir tragen im Strassenbaubereich eine grosse Verantwortung, die wir nicht wahrnehmen, wenn wir unkritisch grosse Strassenbauprojekte gutheissen, die grosse Auswirkungen auf die Zukunft haben werden und nicht mehr so einfach rückgängig gemacht werden können. Es kann nicht sein, dass wir in den nächsten Jahren einfach mit einem

Bauprogramm arbeiten, das hinsichtlich des Klimaberichtes und des Projektes Zukunft Mobilität im Kanton Luzern absolut veraltet sein wird und somit den Planungsinstrumenten widerspricht. Der Argumentation, dass die vorliegende Motion formaljuristisch gemäss § 67 des Kantonsratsgesetzes nicht motionsfähig ist, stimme ich zu. Ich habe leider einfach kein juristisches Schlupfloch gefunden, um mein Anliegen besser darlegen zu können. Deshalb muss ich trotzdem an meiner Motion festhalten.

Daniel Gasser: Wie die Motionärin richtig feststellt, besteht ein starker Zusammenhang zwischen Klimastrategie, Bauprogramm und dem Projekt Zukunft Mobilität im Kanton Luzern, und all diese Themen werden dereinst ineinander hineingreifen. Ich habe ein gewisses Verständnis für den Vorstoss. Andererseits ist es enorm wichtig, dass aufgegleiste Projekte jetzt nicht einfach stehenbleiben. Bis die erwähnten Instrumente entwickelt sind und greifen, fliesst noch einiges Wasser die Reuss hinunter. Genau deshalb lehnen wir die Motion ab. Aufgrund fehlender Ressourcen wurden bereits in den letzten Jahren Projekte nicht ausgelöst oder sind zurückgestellt worden, wir haben gerade letzten Freitag in der VBK im Rahmen der Beratung der Rechnung gehört, was alles noch nicht gemacht werden konnte. Wir dürfen auf keinen Fall noch zusätzliche Verzögerungen hineinbringen. Aus unserer Sicht hat die Regierung plausibel dargelegt, warum man noch ein letztes Mal ein Bauprogramm in der jetzigen Form verabschiedet. Dieses Vorgehen erachten wir als zweckmässig und zielführend. Wir unterstützen den Antrag der Regierung und lehnen die Motion geschlossen ab.

Armin Hartmann: Auch die SVP-Fraktion wird die Motion ablehnen. Der Kanton Luzern braucht auch am 1. Januar 2023 ein Strassenbauprogramm. Wer diese Motion überweist, der sagt, dass er oder sie damit einverstanden ist, dass ab dem 1. Januar 2023 keine Bauprojekte mehr genehmigt werden können. Die Bevölkerung wartet auf diese Strassenbauprojekte, die Velofahrer warten darauf und ebenso die Gemeinden. Wir müssen vorwärtsmachen. Wir haben einen Zielwert per 31. Dezember 2022 von 60 Prozent Umsetzung. Wir liegen bei 33 Prozent. Es ist wichtig, dass wir vorwärtsmachen, wir konnten zu lange nichts mehr realisieren. Den Vorwurf, der Kantonsrat genehmige Strassenbauprojekte unkritisch, weise ich mit aller Vehemenz zurück.

Sabine Wermelinger: Die Gründe, warum das Bauprogramm noch einmal wie gehabt vom Rat beschlossen werden soll, wurden in der VBK, in der alle Fraktionen vertreten sind, sehr ausführlich und verständlich erklärt und besprochen. Es ist tatsächlich unerklärlich, warum wir jetzt über diese Motion beraten müssen. Für diesen Vorstoss kann ich mich leider nicht bedanken. Auch aus Sicht der Wirtschaft ist ein gültiges Bauprogramm wichtig. Ohne gültiges Bauprogramm werden Arbeitsplätze vorübergehend unnötig gefährdet und vor allem die Strassenbaubranche terminlich sehr gestresst. Es gibt Vorhaben auf Kantonsstrassen, die bei einer Sistierung des Bauprogrammes nicht geplant und realisiert werden können, welche von den erwähnten Berichten gar nicht gross betroffen sind oder sogar gefordert werden, wie Velowege und Busspuren. Der Klimabericht und das Projekt Zukunft Mobilität im Kanton Luzern werden im Bauprogramm mitberücksichtigt. Nebst dem, dass die Sistierung der Behandlung in der Botschaft kein motionsfähiges Anliegen ist, sind wir der Meinung, dass der Kanton verlässlich sein soll. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Hasan Candan: Das Problem, das Judith Schmutz in der Motion ausführt, ist eine Tatsache. Es mutet komisch an, wenn vor einem halben Jahr gross verkündet wurde, man gehe jetzt in eine neue Zukunft unserer Mobilität. Es sei alles digital, und man wolle alles neu machen. Dann kommt ein Bauprogramm wie früher daher. Das ist unschön, aber wir teilen auch gewisse Bedenken. Wir haben lange diskutiert, wie wir mit dieser Motion umgehen sollen. Wir schätzen die Gefahr höher ein als den Nutzen. Wenn wir der Motion zustimmten, würde das bei den Strassenbauprojekten in Richtung eines budgetlosen Zustands führen. Das würde ganz viele Projekte und eine sehr hohe Summe betreffen. Eine Sistierung wäre für die Verwaltung sehr schwierig. Zudem fordert die SP, dass die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes voranschreitet mit den Haltekanten und gewissen Velorouten. Hier muss man vorwärtsmachen. Wir glauben, das eine schliesst das andere nicht aus. Auch die SP ist gewissen Bauprojekten gegenüber sehr kritisch, aber der

parlamentarische Prozess lässt es zu, dass diese Projekte alle zuerst durch die Kommission und dann durch unseren Rat gehen. Dort ist die Kontrolle gesichert. Die Regierung muss vorsichtig vorgehen. Wenn sie die Projekte einfach weiterplant wie bisher und die neuen Entwicklungen nicht mit einbezieht, dann werden wir sehr kritisch sein und jene Projekte bekämpfen, die gegen unsere Klima-, Umwelt- und Mobilitätsziele sind. Die Motion werden wir allerdings ablehnen, denn wir finden, dass die Mechanismusänderung jetzt zu kurzfristig wäre und die Sistierung den Kanton, die Gemeinden und die Bevölkerung vor erhebliche Probleme stellen würde.

Gian Waldvogel: Ich finde diese Diskussion recht unseriös. Sonst sagt man immer, man müsse mit einem klaren, zukunftsorientierten Ziel investieren. Hier haben wir neue fachliche Grundlagen, die sagen, wir müssten unsere Mobilitätspolitik überdenken. Gleichzeitig lösen wir für die Zukunft Hunderte Millionen Franken aus im Wissen darüber, dass viele dieser teuren Projekte wohl gar nicht mehr den aktuellen Erwartungen entsprechen und falsche Mobilitätsziele unterstützen. Ich finde das sehr kritisch, wenn man hier so freigebig dieses Geld investieren will und darin kein Problem sieht. Das ist keine seriöse Verplanung öffentlicher Ressourcen. Das ist sehr stossend. Ich finde den Vorstoss weiterhin absolut richtig und notwendig. Wir sollten viel mehr in eine nachhaltige Mobilität investieren, in eine verträgliche Mobilität, in eine, die verlagert. Das sehe ich im aktuellen Bauprogramm in keiner Art und Weise.

András Özvegyi: Die GLP hat Verständnis für den Aufschrei und den Weckruf der Grünen und Jungen Grünen. Das ist aber auch schon alles. Die Gründe für die Ablehnung der Motion sind eindeutig. Das Anliegen ist nicht motionsfähig. Ein Stopp der laufenden Verfahren und Planungen der Projekte, die im letzten Programm 2019–2022 nicht umgesetzt werden konnten, wäre Gift für die Wirtschaft, für Arbeitsplätze, für die Motivation von Projektleitern bei der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (Vif) und auch Gift für endlich laufende Velo- und öV-Projekte. Im neuen Bauprogramm gibt es Sammelrubriken für den öV und den Veloverkehr. Wir sind frei und können die Sammelrubriken auffüllen, wenn das nötig ist, bis die Gesamtplanung des Projektes Zukunft Mobilität im Kanton Luzern zum Tragen kommt. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Maurus Frey: Ihre Argumentation zur Ablehnung dieser Motion ist mehrheitlich formalistischer Natur. Sie spielen die einen Interessen gegen die anderen aus und sprechen von der Förderung des öV und dem behindertengerechten Ausbau der öffentlichen Haltestellen. Wir müssen eines sehen: Wir verabschieden ein Fossil, das Bauprogramm. Es stammt aus einer alten Zeit der Planungen des Strassenbaus und basiert nicht auf den neusten Erkenntnissen, wie wir sie uns erarbeitet haben, sei es mit dem Projekt Zukunft Mobilität im Kanton Luzern oder den Szenarien im öV-Bericht. Ich ermutige Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wie Sie wissen, werden im Bau-, Wirtschafts- und Umweltdepartement (BUWD) verschiedene strategische Planungsinstrumente mit Mobilitätsbezug erarbeitet. Den Planungsbericht Klima und Energie haben Sie verabschiedet, das Projekt Zukunft Mobilität im Kanton Luzern war in der Vernehmlassung und kommt im Herbst in Ihren Rat, es sind noch zwei Initiativen hängig, der kantonale Richtplan und das Radroutenkonzept werden überarbeitet, und der öV-Bericht und auch das Agglomerationsprogramm kommen im Herbst in Ihren Rat. Wir haben uns darum schon vor längerer Zeit darüber Gedanken gemacht, wie wir die verschiedenen Instrumente aufeinander abstimmen können, und wir sind zum Schluss gekommen, dass es nicht möglich ist, das Bauprogramm aufzuschieben. Dies weil das Bauprogramm eine rechtlich zwingende Voraussetzung dafür ist, dass wir weiterhin ab 1. Januar 2023 Strassen planen und bauen können. Das betrifft die Radwege, das betrifft die öV-Infrastruktur, und es betrifft natürlich auch Strassenprojekte für Autos, für den Güterverkehr und die Wirtschaft. Es sind rund 65 Millionen Franken, die wir jährlich in den Strassenbau investieren. Das wäre dann per Anfang 2023 nur noch teilweise möglich. Das widerspricht diametral unseren Äusserungen, dass wir ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft und die Bevölkerung sein und Investitionen vorantreiben wollen, und das wäre aus

unserer Sicht nicht vertretbar. Es braucht demokratische Prozesse, um die Instrumente in Ihrem Rat zu beraten und diese umzusetzen. Das braucht zu viel Zeit, als dass wir warten könnten, bis das Bauprogramm überarbeitet wird. Das würde mehrere Jahre Verzögerungen gehen, wir müssten Personal bei der Vif abbauen und die Abteilungen später wieder aufbauen. Es liegt nicht am fehlenden Willen der Regierung, dies mit einzubeziehen, es ist einfach vom prozessualen Ablauf her mit den demokratischen Prozessen nicht möglich. Ich bitte Sie, diese Motion unbedingt abzulehnen. Ich erlaube mir am Schluss noch den Hinweis, dass die Sistierung der Behandlung einer Botschaft kein motionsfähiges Anliegen ist. Besten Dank für die Unterstützung des Antrags der Regierung.

Der Rat lehnt die Motion mit 85 zu 13 Stimmen ab.